

Pressemitteilung - 01.12.2021

GRÜNE Fraktion Sachsen

Christin Melcher



Corona/Schule und Kita – BÜNDNISGRÜNE: Interessengruppen einbeziehen, mehr Kompetenzen für Schulleitungen, Teststrategie für Kitas nachbessern

Dresden/Leipzig. Die aktuelle Pandemielage ist für die sächsischen Schulen, die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte eine große Belastung. Inzwischen ist fast jede vierte Schule aufgrund gehäufter Infektionsfälle teilweise oder vollständig geschlossen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Diskussion um weitergehende Maßnahmen bis hin zu einem flächendeckenden Lockdown erklärt Christin Melcher, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag:

"Wir sind offen für den Vorschlag, die Weihnachtsferien vorzuziehen. Die Entscheidung darüber sollte jedoch gemeinsam mit den relevanten Interessengruppen getroffen werden. Ich erachte die Einbeziehung des Landeschüler- und Landeselternrates, der Gewerkschaften und Schulleitungen als unbedingt geboten. Aus unserer Sicht sollten im Fall des Vorziehens die zusätzlichen Ferientage als Kinder-Kranktage in Anspruch genommen werden können. Darüber hinaus gilt es abzuwägen: Einerseits bedeuten offene Kitas und Schulen Kontakte, die es insgesamt einzuschränken gilt. Andererseits werden durch das strikte Testregime an Schulen Infektionen erkannt und in der Folge Infektionsketten unterbrochen. Bei geschlossenen Schulen, z.B. durch vorgezogene Ferien, entfällt dieses Monitoring. Damit drohen Infektionen vom Radar zu verschwinden."

"Eine zentrale Rolle nehmen die Schulleitungen ein. Sie sollten aus unserer Sicht mehr Kompetenzen erhalten, um auf die Lage vor Ort angemessen reagieren zu können, etwa durch Anordnung von Wechsel- oder Distanzunterricht. Das würde auch den Lehrkräften helfen, die zwischen Präsenzbeschulung und Distanzunterricht zerrieben werden. Wo technisch möglich, können hybride Unterrichtsformen zum Einsatz kommen. In jedem Falle muss die Maskenpflicht auf alle Altersstufen ausgeweitet werden. Auch die zeitweise Aussetzung der Benotung könnte den Druck auf Schülerinnen und Schüler reduzieren. Außerdem sollte geprüft werden, inwieweit Schulen zur Anordnung von Quarantäne berechtigt werden können, wenn die Gesundheitsämter aufgrund der Überlastung nicht oder deutlich verspätet reagieren."

"Für die Kindertageseinrichtungen sowie die Primarstufe der Grund- und Förderschulen gilt der eingeschränkte Regelbetrieb. Eine präventive Umstellung auf eine Notbetreuung erachte ich nicht als den richtigen Weg. Wichtig ist aus meiner Sicht, dass ausreichend Tests für Erzieherinnen und Erzieher bereitgestellt werden. Das gilt auch für Kita-Kinder, die zumindest im Verdachtsfall sowie bei nachgewiesenen Infektionsfällen in der betreffenden Gruppe mittels Lolli-PCR-Tests getestet werden sollten. Diese Tests sollten gemeinsam von Land und Kommune finanziert und den Kita-Trägern zur Verfügung gestellt werden – unabhängig davon, ob sich die Kita in kommunaler oder freier Trägerschaft befindet. So wird ja auch bei den Schulen verfahren."